



© Route55 / Shutterstock.com

Erkundungsmission des EWSA zur Situation der Flüchtlinge – Die Perspektive der Organisationen der Zivilgesellschaft



BERICHT ÜBER DIE INFORMATIONSTREISE
NACH ITALIEN
18./19. JANUAR 2016



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Bericht über die Informationsreise nach Italien, 18./19. Januar 2016

Im Dezember 2015 und Januar 2016 besuchten Delegationen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) 11 EU-Mitgliedstaaten, um zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit Migranten arbeiten, zu treffen und sich über Probleme, Erfordernisse, Misserfolge, Erfolgsgeschichten und bewährte Praktiken der verschiedenen Akteure in der aktuellen Flüchtlingskrise zu informieren, wobei das übergeordnete Ziel darin bestand, einen Beitrag zur EU-Politikgestaltung zu leisten. Mitglieder der Delegation, die nach Italien reiste, waren Vladimira Drbalová (Tschechische Republik, Gruppe Arbeitgeber), José Antonio Moreno Díaz (Spanien, Gruppe Arbeitnehmer) und Antonio Longo (Italien, Gruppe verschiedene Interessen). Unterstützt wurden sie von Valeria Atzori aus dem EWSA-Sekretariat und Daniela Rondinelli aus dem Kabinett des Präsidenten.

1. Die Lage in Italien

Italien ist mit enormen Herausforderungen konfrontiert, da es gleichzeitig Erstaufnahmeland, Transitland und endgültiges Ziel für Flüchtlinge und Migranten ist. Die meiste Arbeit erfolgt im Rahmen von Krisenmanagement.

Die Flüchtlinge und Migranten kommen hauptsächlich an folgenden Orten an:

- in Süditalien und auf den süditalienischen Inseln (hauptsächlich aus Subsahara-Afrika)
- im Hafen von Ancona (hauptsächlich aus Griechenland und Albanien)
- an den nordöstlichen Grenzen zu Österreich und der Slowenien
- an den Mailänder Flughäfen (Linate und Malpensa)
-

Das italienische System für die Erstaufnahme von Flüchtlingen besteht einerseits aus dem SPRAR-System zum Schutz von Asylsuchenden und Flüchtlingen und andererseits aus den CAS-Zentren für außerordentliche Erstaufnahme.

Der normale Weg läuft über SPRAR und wird vom Innenministerium verwaltet. Kommunen, die auf freiwilliger Basis teilnehmen und Aufnahmeprojekte schaffen, erhalten öffentliche Gelder.

Die CAS wurden nach der massenhaften Ankunft von Flüchtlingen in Lampedusa 2013 eingerichtet. Diese Zentren sind auf Notfallsituationen ausgelegt und werden von den Präfekturen verwaltet.

Die Asylanträge werden durch ein System aus 20 territorialen Kommissionen bearbeitet, die sich im ganzen Land befinden.

Weiterhin gibt es drei Registrierungszentren (Hotspots), an denen die Feststellung der Identität der Migranten stattfindet: Lampedusa, Trapani und Pozzallo. Drei weitere Zentren sollen in Salerno, Taranto und Augusta eingerichtet werden. Derzeit wird diskutiert, ob auch in Mailand für die steigende Zahl von Menschen, die über die Balkanroute kommen, eine solche Stelle eröffnet werden soll.

2015 kamen weniger Migranten an als 2014 (-7,4%), aber die Zahlen aus dem Monat Januar weisen wieder auf einen möglichen Aufwärtstrend hin.

Die Flüchtlinge und Migranten kommen aus rund 30 verschiedenen Staaten, die meisten stammen aus dem Senegal, Gambia, Pakistan, Eritrea, Nigeria, Afghanistan, Mali und Syrien. 65% kommen aus Libyen.

Italien hat viel geleistet, um seine Aufnahmekapazitäten zu erhöhen, aber in Hinblick auf Integration bleibt noch viel zu tun (Arbeitsplätze, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Anerkennung beruflicher Qualifikationen, Eintragung des Wohnsitzes, usw.).

2. Beschreibung der Treffen

Aufnahmezentrum Casa Suraya

Ein Überblick über die Anfänge und Hauptaktivitäten von Casa Suraya verdeutlichte den Mehrwert (Zentrum für Familien, rechtlicher Beistand, Italienischunterricht, psychologische Unterstützung) und die Schwächen (viele Immigranten reisen ohne Ankündigung ab, was für die Aufnahmezentren viel vergebliche Arbeit, Zeit und Geld bedeutet) der Einrichtung.

Besonders Frauen sind der Gefahr von Ausbeutung durch Prostitution und Menschenhandel ausgesetzt, insbesondere Frauen aus Nigeria. Sie werden von kriminellen Banden kontaktiert (vor allem wenn sie bereits einen Asylantrag gestellt haben), die ihnen gute Arbeit versprechen und sie überreden, die Aufnahmezentren zu verlassen. Die örtlichen Behörden sind sich dieser schrecklichen Machenschaften mit internationaler Dimension bewusst.

Bei dem Treffen waren auch zwei Asylbewerberfamilien dabei, die die Schwächen der Umsiedlungsregelung deutlich machten: Die eine Familie möchte in Italien bleiben, wird aber gemäß der europäischen Umverteilungsregelung in einen anderen Mitgliedstaat umgesiedelt, während die andere Familie gerne nach Finnland zurück würde, aber aufgrund des Dubliner Übereinkommens wieder nach Italien geschickt wurde.

In vielen Städten der Region starten soziale Genossenschaften und die Caritas innovative Programme, um Flüchtlinge, insbesondere junge Leute und Minderjährige, in Familien unterzubringen.

Federsolidarieta Lombardia

Es haben sich viele Genossenschaften gebildet, um aus der Not und Krisenlage Nutzen zu ziehen. Einigen von ihnen mangelt es jedoch an der Erfahrung und Professionalität, die nötig wäre, um akzeptable Leistungen zu erbringen. Um diesem Problem entgegenzuwirken, hat Confcooperative für einen Verhaltenskodex (Code of Good Hospitality) geworben, der die grundlegenden Kriterien enthält, die Vereinigungen erfüllen müssen, um einen Rahmenvertrag für die Aufnahme von Flüchtlingen zu erhalten. Die Präfektur in Mailand wendet diesen Kodex an und einige Verträge wurden aufgehoben, da die Standards nicht eingehalten wurden.

Vertreter von Gewerkschaften aus der Lombardei (CGIL, CISL und UIL) und NGO (Anolf Bergamo, Cooperative Nazareth, Il segno del Consorzio, CGM und ASGI)

Die drei Gewerkschaften führten aus, welche Aktivitäten sie auf regionaler Ebene durchführen: hauptsächlich Unterstützung und Orientierung für Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Sie forderten eine Entpolitisierung der Einwanderungsfrage und prangerten einige Fälle institutioneller Diskriminierung an.

Die NGO kamen auf mehrere Punkte zu sprechen, wie beispielsweise die kritischen Aspekte bestehender Rechtsvorschriften im Bereich Arbeit (für die Aufenthaltserlaubnis ist ein ordnungsgemäßer Arbeitsvertrag Voraussetzung, was zu Schwarzarbeit führt) und erläuterte einige Beispiele für erfolgreiche Integration auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im Bereich soziale Landwirtschaft. Weitere angesprochene Punkte bezogen sich u.a. auf Lohndiskriminierung und die Wichtigkeit des Wahlrechts für Lokal- und Kommunalwahlen.

Die Cooperativa Nazareth führte zwei Beispiele für eine gute Praxis an: erstens die Integration von fünf oder sechs jungen Menschen in Kleinstädten, wo sie eine berufliche Ausbildung erhalten, die zur Nachfrage auf dem örtlichen Arbeitsmarkt passt, und wo sie später eine Arbeit finden können, und zweitens die Entwicklung von genossenschaftlichen Landwirtschaftsprojekten durch Migranten zum Anbau von Biogemüse.

UNHCR

Vorstellung des Systems von Registrierungscentren (Hotspots) und des aktuellen Stands der Aufnahmekapazität Italiens. Es gibt einige Hinweise darauf, dass an den Hotspots der Zugang zu Asylverfahren nach ethnischen Kriterien geregelt wird, was einen klaren Verstoß gegen die Genfer Konvention bedeutet. Weiterhin wurde darauf verwiesen, dass ein gemeinsames europäisches Asylsystem nötig sei, damit die Umsiedlung effektiv gestaltet werden könne, und dass die Ursachen für Migration in den Herkunftsländern bekämpft werden und sichere Wege für die Einreise geschaffen werden müssten.

Innenministerium

Vorstellung des italienischen Aufnahmesystems (territoriale Kommissionen und das Innenministerium) und der wesentlichen Herausforderungen für 2016: Überarbeitung des Dubliner Übereinkommens, eine gemeinsame EU-Asylpolitik, Überarbeitung des Umsiedlungsmechanismus, um ihn funktionsfähig zu machen, ein realistischer Ansatz für die Aufnahmekapazitäten jedes einzelnen Mitgliedstaats und effektive Kontrolle der EU-Außengrenzen zur Aufrechterhaltung von Schengen. Auf europäischer Ebene gibt es derzeit Diskussionen über eine gemeinsamen Politik des Grenzschutzes und insbesondere einen Vorschlag für eine Europäische Küstenwache im Mittelmeer.

Vertreter von Gewerkschaften auf nationaler Ebene (CGIL, CISL und UIL) und NGO des runden Tisches für Asyl "Tavolo Asilo" (CIR, Migrantes, Anolf Nazionale, ACLI und Centro Astalli)

Wesentliche besprochene Punkte: Einfluss des Migrantenzustroms auf den Arbeitsmarkt, Lage in den Hotspots, die unterschiedliche (oder ggf. gleiche) Behandlung von Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten, öffentliche Meinung zur humanitären Krise und Bedrohung des Schengen-Systems.

Die steigende Arbeitslosigkeit wird nicht durch die ins Land kommenden Migranten verursacht, sondern durch die Wirtschaftskrise.

Migranten sind stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen und viele sind woandershin ausgewandert oder arbeiten schwarz. Arbeitsplätze liegen hauptsächlich in der Dienstleistungsbranche (Reinigung, Gaststättengewerbe, Tourismus, Handel, Hausarbeit), der Landwirtschaft und im Bau. Das Verfahren, um eine Aufenthaltserlaubnis für eine Beschäftigung zu bekommen, nimmt mindestens zehn Monate in Anspruch. Es gibt kein Schnellverfahren für Personen mit Qualifikationen und Fähigkeiten. Gegenwärtig gibt es kein System zur Erfassung der beruflichen Fähigkeiten oder zur Messung des Beschäftigungsbedarfs auf dem Arbeitsmarkt. In Hinblick auf die öffentliche Meinung haben die Medien oft Schwarzmalerei betrieben, jedoch wurde kein bedeutender Anstieg von Fremdenfeindlichkeit festgestellt. Was die unterschiedliche Behandlung von Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen betrifft, so ist die Lage komplex und die Rechtslage unzureichend geklärt. Eine vorübergehende humanitäre Aufenthaltserlaubnis ist eine mögliche Maßnahme. Abschließend bestätigten die anwesenden NGO, dass es in den Hotspots zu einer Diskriminierung auf Basis der Herkunftsländer kommt. Dies wurde auf allen Ebenen gemeldet und mündete in einer schriftlichen, verbindlichen Empfehlung seitens des Ministeriums für innere Angelegenheiten, bürgerliche Freiheiten und Einwanderung an die örtlichen Präfekten, dieses schädliche Vorgehen abzuschaffen. Zwar gibt es in Italien keine humanitäre Krise wie in Griechenland, aber aufgrund der beschriebenen Unterscheidung bekommen einige Menschen keine Grundversorgung und fallen so dem organisierten Verbrechen in die Hände.

3. Schlussfolgerungen

Generell gibt es Bedenken, dass das Ausmaß der Flüchtlingskrise das europäische Projekt insgesamt gefährdet. Viele Mitgliedstaaten sind dabei, ihre Grenzen zu schließen. Das Schengen-System, das zusammen mit der Freizügigkeit einen der Grundpfeiler der EU bildet, ist ernsthaft in Gefahr.

Das Dublin-Asylsystem funktioniert nicht mehr, da das Instrument nicht auf den massiven Zustrom von Migranten und die europäische Entscheidung, die Menschen in verschiedene Mitgliedstaaten umzusiedeln, ausgelegt ist. Die Art und der Umfang der Migration haben sich hin zu einem Massenzustrom verändert und die Unterschiede in den Asylsystemen der Mitgliedstaaten haben sich verschärft.

Die Asylantragsverfahren sind noch immer zu schwerfällig und langwierig. Sie dauern ein Jahr oder länger in Fällen von Ablehnung und Berufung. Während dieser Zeit sind die Migranten zum Abwarten gezwungen und dürfen nicht arbeiten. Nach einer zweiten Ablehnung verlieren sie das Recht, in den

Aufnahmezentren zu bleiben, wodurch sie der Gefahr von Ausbeutung und Schwarzarbeit ausgeliefert sind. Migranten dürfen für das Berufungsverfahren keine Rechtshilfen vom sozialen Sicherungssystem bekommen, was ihre Aussicht auf Annahme des Asylantrags verringert.

In Hinblick auf das Hotspot-System gibt es viele Hinweise auf eine Separierung: Migranten aus Ländern, für die die Aussicht auf Gewährung von Asyl niedrig ist, werden manchmal davon abgehalten, Asyl zu beantragen, was einen klaren Verstoß gegen die Genfer Konvention darstellt. Darüber hinaus sind die Hotspots oft nicht gut oder ausreichend personell ausgestattet.

Auch die Umsiedlung zeigt Schwachpunkte. Bisher wurden nur 200 Menschen umgesiedelt. Die Mitgliedstaaten haben zu viele einschränkende Kriterien festgelegt und den Asylbewerbern wird das Umsiedlungsland erst kurz vor Abflug mitgeteilt. Ihre persönlichen Wünsche werden nicht berücksichtigt.

Italien wird zunehmend zu einem Transitland, da die Migranten und Asylbewerber aufgrund besserer Perspektiven weiter in nördliche Länder reisen möchten. Daher weigern sich Migranten oft, sich auszuweisen, da sie dann gezwungen wären, ihren Asylantrag in Italien zu stellen. Dies impliziert auch, dass die Bemühungen und Leistungen, die den Migranten zur Verfügung gestellt werden (Sprachunterricht, Hilfe bei der Jobsuche und verschiedene Arten von Training), nutzlos bleiben.

Besonders beunruhigend ist die hohe Zahl von unbegleiteten Minderjährigen, die nach Italien kommen. Die Unterkunft, die ihnen angeboten wird, ist nicht angemessen und sie laufen Gefahr mit ihrem 18. Geburtstag Schutz und Aufenthaltserlaubnis zu verlieren. Ihre Schulausbildung und die Möglichkeit, Fähigkeiten für ihre künftiges Arbeitsleben zu entwickeln, sind somit gefährdet.

Die Arbeitslosenquote unter Migranten ist aufgrund der Wirtschaftskrise stark angestiegen. In Italien ist die Aufenthaltserlaubnis an einen Arbeitsplatz gekoppelt, was zu einem Anstieg nicht angemeldeter Arbeit und Ausbeutung führt, insbesondere in der Landwirtschaft (das *Caporalato*-System baut auf der bandenmäßigen Ausbeutung von Saisonarbeitern auf).

Die öffentliche Debatte zu Migration wird vor Wahlen oft für politische Zwecke manipuliert und die Medien tendieren dazu, eine Schwarzmalerei zu betreiben, indem sie Migranten als Invasoren, Arbeitsplatzdiebe, Kriminelle, usw. darstellen. Einzelfälle werden verallgemeinert.

Es gibt kein europäisches System, um aufzuzeichnen, wer vermisst wird oder gestorben ist, niemand ist für die Bergung von Toten verantwortlich und niemand ist dafür zuständig, zu versuchen, Menschen wieder zusammenzuführen, die bei Schiffsunglücken von Familienmitgliedern oder Verwandten getrennt wurden.

Die Ankunft von vielen Flüchtlingen und Migranten in städtischen Gegenden oder Kleinstädten führt zu Problemen des sozialen Zusammenhalts, da dieser Prozess von den örtlichen Behörden, die Zeit für Integrationsstrategien brauchen, nicht adäquat begleitet wird.